

Friesland, 26.05.2026

Sehr geehrter Herr Landrat Ambrosy, lieber Sven,

die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt nachfolgenden Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Esser
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag: Regionale Versorgungsstruktur im Bereich Gynäkologie und Geburtshilfe

Der Kreistag möge beschließen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Landkreisen Wittmund und Wesermarsch sowie der Stadt Wilhelmshaven zeitnah Gespräche mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung aufzunehmen.

Ziel der Gespräche soll eine langfristige Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wirtschaftlich tragfähigen frauenmedizinischen und geburtshilflichen Versorgung in der Region sein. Hierzu ist aus unserer Sicht eine abgestimmte Bewertung und Perspektivplanung der zukünftigen regionalen Versorgungsstruktur im Bereich Gynäkologie und Geburtshilfe im nordwestlichen Niedersachsen notwendig.

Hierbei sollen insbesondere berücksichtigt werden:

- mögliche strukturelle Entwicklungen in Bezug auf ein Zentralklinikum Wilhelmshaven-Friesland,
- die Auswirkungen bei Inbetriebnahme des Zentralklinikums Ostfriesische Meere in Uthwerdum und dem damit verbundenen Wegfall der Gynäkologie und Geburtshilfe in Aurich,
- mögliche Planungen des Landkreises Wesermarsch,
- die Auswirkungen der Krankenhausreform des Bundes und der niedersächsischen Krankenhausplanung,
- die Entwicklung von Fallzahlen und Fachkräfteverfügbarkeit.

Über die Ergebnisse der Gespräche ist der Kreistag zeitnah zu informieren.

Begründung:

Die zukünftige Struktur der geburtshilflichen und gynäkologischen Versorgung kann nicht isoliert auf Ebene einzelner Kommunen oder Landkreise betrachtet werden.

Durch die Krankenhausreform, die zunehmende Ambulantisierung, die Fachkräftesituation sowie mögliche strukturelle Veränderungen in benachbarten Regionen besteht die Notwendigkeit einer abgestimmten regionalen Gesamtbetrachtung.

Ziel muss eine langfristig tragfähige, qualitativ hochwertige und wirtschaftlich verantwortbare Versorgungsstruktur sein, die sowohl dem Wohl der Patientinnen als auch den Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte gerecht wird.

